

Fraktionsantrag

A 2022/0044

öffentlich

Antrag zum Haushalt: Klimaschutz verlässlich planen – Pauschale Mittel bereitstellen

Die Gruppe SPD/Ratsherr Zimmermann beantragt:

1. Zur Umsetzung von Projekten, die den Umwelt- und Klimaschutz in Wolfsburg betreffen, wird eine pauschale Summe in den Haushaltsplan 2022 und die Finanzplanung eingestellt. Die Summe wird mit 2,00 € pro Einwohner*in (aktuell rund 250.000 €) bemessen.
2. Die Stadt Wolfsburg setzt sich auf Landesebene für eine Verstetigung von Mitteln für Umwelt- und Klimaschutz der niedersächsischen Gemeinden und Kommunen ein.
3. Die Stadt Wolfsburg setzt sich auf Landesebene und über die Interessenverbände dafür ein, dass Klimaschutz zur Pflichtaufgabe von Kommunen wird.

Begründung

Der Erhalt unseres Planeten, so wie wir ihn kennen, ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die niemanden außen vor lässt und zum Handeln verpflichtet. Deutschlandweit gehen Kommunen mit gutem Beispiel voran und so hat sich auch die Stadt Wolfsburg mit dem Beschluss des CO₂-Minderungskonzeptes vom 06.05.2009 und den vorangegangenen Beteiligungsprozessen deutlich für eine nachhaltige Entwicklung unseres Lebensraums entschlossen.

Die nachhaltige Entwicklung umfasst aufwändige Maßnahmen und notwendige Investitionen in Großprojekte. Der Fokus der Bundes- und Landesregierung ist hierbei bisher stark auf die Wirtschaft ausgerichtet. Sollen jedoch die rechtlich bindenden Klimaziele erreicht werden, dann müssen Bürger*innen, kommunale Daseinsvorsorge und die lokalen Unternehmen mitgenommen werden. Unter anderem durch kommunale Aktionen, Initiativen und Projekte.

Nach Auffassung der Gruppe SPD/Ratsherr Zimmermann geht das effektiv nur durch die Verstetigung einer pauschalen und zweckgebundenen Summe mit dem Ziel, das Bewusstsein für Klima- und Umweltschutz zu stärken und bürgernah effiziente Strukturen zu schaffen. Die Summe ist mit 2,00 € pro Einwohner (rund 250.000,00 €) im Finanzplan zu verankern.

Um Klimaziele zu erreichen und eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen sind Kommunen auch weiterhin auf Mittel des Landes angewiesen. Nach dem Prinzip der Freiwilligkeit setzt das Land auf die Förderung von Projekten. Die Beantragung von Fördermitteln ist mitunter aber aufwendig und frustrierend. Förderprogramme (z.B. zur Einstellung eines*r Klimaschutzmanagers*in) sind zeitlich befristet und eignen sich kaum zur längerfristigen Planung. Aus dem Grund fordern wir, dass sich die Stadt Wolfsburg, auch im Zuge der Novellierung des Niedersächsischen Klimaschutzgesetzes (NKlimaG) für eine Verstetigung von Fördermitteln (z.B. für die unbefristete Einstellung eines*r Klimaschutzmanagers*in) mit

Nachdruck einsetzt.

Wir wollen den Klimaschutz stärker in der Kommune verankern. Wir sehen die Verankerung des Klimaschutzes als Pflichtaufgabe von Kommunen als unerlässlichen Meilenstein in der nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt und des Landes Niedersachsen an. Im Zuge der Verankerung als Pflichtaufgabe ist die Verstetigung von Landesfördermitteln für Kommunen unerlässlich und ermöglicht Planungssicherheit.

<i>Fraktion:</i> SPD Ratsherr Zimmermann <i>Bearbeitung:</i> Frau Feil, 28-1689, SPD	<i>Datum</i> 15.03.2022
--	----------------------------

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Andrea Katarina Feil
Fraktionsgeschäftsführerin